

Rekord bei Braunkohle-Stromproduktion

Energiewende paradox: Seit der Wiedervereinigung wurde in Deutschland nicht so viel produziert

BERLIN. Trotz der milliarden-schweren Ökoenergie-Förderung ist die klimaschädliche Stromproduktion aus Braunkohle 2013 auf den höchsten Wert seit 1990 gestiegen. Das geht aus vorläufigen Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen hervor. Demnach wurden 2013 in Deutschland über 162 Milliarden Kilowattstunden Strom in Braunkohlekraftwerken erzeugt – 1990, als noch viele DDR-Meiler liefen, waren es knapp 171 Milliarden Kilowattstunden.

Insgesamt wird trotz eines Ökostromanteils von inzwischen knapp 25 Prozent mit einem erneut gestiegenen CO₂-Ausstoß in Deutschland gerechnet. Besonders im Rheinland und in der Lausitz wird Strom aus Braunkohle produziert. „Für den CO₂-



Windräder drehen sich in der Nähe von Bergheim vor dem RWE-Braunkohlekraftwerk Niederaußem

Foto dpa

Ausstoß bestehen gegenwärtig nur erste qualitative Schätzungen, die von einem Anstieg ausgehen“, betonte das Umweltbundesamt (UBA) auf Anfrage. Allerdings hänge dies vor allem mit der kalten Witterung Anfang 2013 zusammen. Der Bundesverband Braunkohle erklärte, effizientere Kraftwerke hätten trotz höherer Produktion zu einer

geringeren Braunkohleförderung in Deutschland geführt. Diese sei 2013 um knapp zwei Prozent auf 182 Millionen Tonnen gesunken. Das UBA betonte: „Der insgesamt gesunkene Anteil an Braunkohle wird in der Summe für die Braunkohle zu geringeren CO₂-Emissionen führen.“ Aber insgesamt warnen Umweltschützer wegen des gene-

rellen Kohlebooms vor einem Verfehlen der deutschen Klimaziele. Der Anteil der Kohlestromproduktion an den CO₂-Emissionen beträgt in der Regel laut UBA etwa 30 Prozent.

Die Grünen forderten Union und SPD zum Handeln auf. „Wenn die schmutzigsten, ältesten und klimaschädlichsten Kraftwerke den größten Gewinn abwerfen und gleichzeitig hochmoderne, klimafreundlichere Gaskraftwerke vom Netz gehen, läuft etwas grundlegend falsch“, sagte NRW-Umweltminister Johannes Remmel.

Die Grünen-Umweltpolitikerin Bärbel Höhn forderte wie Remmel einen deutlich höheren Preis für CO₂-Verschmutzungsrechte, um die Kohlestromproduktion zu bremsen. dpa